

**„Wohnungen für Flüchtlinge“ – BewohnerInnen des Flüchtlingswohnheims Meinersen demonstrieren erneut für menschenwürdige Lebensverhältnisse**

Zum zweiten mal werden Flüchtlinge aus dem Wohnheim in Meinersen, Landkreis Gifhorn (Niedersachsen) am kommenden Sonnabend, den 28. August, für menschwürdigere Lebensbedingungen auf die Straße gehen. Dabei werden sie unterstützt durch den Flüchtlingsrat Niedersachsen und zahlreiche weitere antirassistische Initiativen und Organisationen.

Mit dem selben Motto, wie auf der Demonstration am 3. Juli, „Wohnungen für Flüchtlinge – Schließung der Gemeinschaftsunterkunft Meinersen“, wird der wichtigsten Forderung der Flüchtlinge nach Unterbringung in Wohnungen Ausdruck gegeben. Die BewohnerInnen beklagen die engen Verhältnisse in der Gemeinschaftsunterkunft und die isolierte Lage am Rande der Gemeinde, ca. 15 km von der Stadt Gifhorn entfernt. Hinzu kommt, dass die meisten von ihnen lediglich Gutscheine und nur einen geringen Bargeldbetrag erhalten, der manchen sogar noch gestrichen wurde. Somit können sie sich keinen Bus leisten, um z.B. zu Fachärzten, speziellen Geschäften oder der Moschee in Gifhorn zu kommen. Darüber hinaus unterliegen die meisten BewohnerInnen einem Arbeitsverbot, so dass sie weder für ihren eigenen Lebensunterhalt sorgen können, noch die Jugendlichen eine Ausbildung absolvieren dürfen. Die Menschen sind zum Nichtstun in einem perspektivlosen Alltag verdammt. Diese Lebensumstände machen die BewohnerInnen krank.

Die Situation der Flüchtlinge wird durch Gesetze bestimmt, die sie sozial isolieren und zu einem Leben in Armut zwingen. Sondergesetze, wie v.a. das Asylbewerberleistungsgesetz enthalten den Flüchtlingen elementare soziale Rechte vor. In dieser entrechteten und absolut prekären Situation leben viele Flüchtlinge über Jahre, manche gar seit ihrer Geburt. Da hierfür Bundesgesetze verantwortlich sind, muss es Ziel sein, diese auf Bundesebene abzuschaffen. Aber es gibt für die Kommunen Spielraum, der eine etwas menschlichere Umsetzung zulässt. Der Kreistag hat es in der Hand, zu beschließen, dass das Wohnheim aufgelöst wird. Die Unterbringungs pauschalen des Landes, die an den Wohnheimbetreiber gezahlt werden, könnte der Landkreis genauso gut für die Unterbringung in dezentralen Wohnung ausgeben. Dass langfristige Verträge mit dem Wohnheimbetreiber geschlossen wurden, darf kein Argument sein, weiter menschenunwürdige Lebensbedingungen aufrecht zu erhalten.

So richten sich die BewohnerInnen des Wohnheims und ihre UnterstützerInnen wie auch schon während der ersten Demonstration v.a. an die Verantwortlichen aus Verwaltung und Politik im Landkreis Gifhorn. Bisher ist jedoch weder aus der Verwaltung noch durch die politisch Verantwortlichen an die Flüchtlinge signalisiert worden, die Situation verbessern zu wollen.

**Beginn der Demonstration: Sa, 28. August, 12.00 Uhr**  
**Ort: Bahnhof Gifhorn-Stadt (Bahnhofstraße)**

gez.  
Sigmar Walbrecht